



Die Parteien vor der Bundestagswahl 2017

Inhalt

Ausgangslage: Rückblick und Ausblick.....	2
CDU und CSU	8
SPD.....	11
Bündnis 90/Die Grünen.....	14
DIE LINKE.....	18
FDP.....	21
AfD	24
Linkliste.....	27

Ausgangslage: Rückblick und Ausblick

Angela Merkel (CDU) möchte Bundeskanzlerin bleiben, Martin Schulz (SPD) will sie nach zwölf Jahren Kanzlerinnenschaft ablösen. Zweieinhalb Monate vor der Bundestagswahl liegen die Programme aller Parteien vor, die Aussicht darauf haben, dem nächsten Bundestag anzugehören: CDU und CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und AfD.

Rückblick

Bei der Bundestagswahl 2013 wurde die CDU/CSU gestärkt, Schwarz-Gelb aber abgewählt:

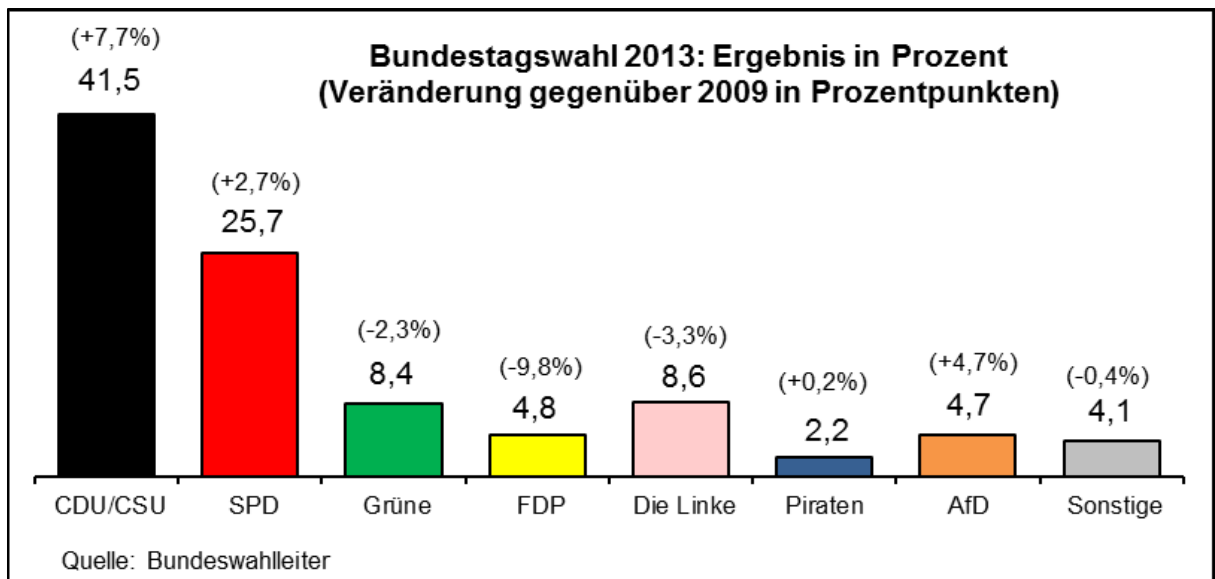
- die CDU/CSU wurde mit 41,5 Prozent mit großem Abstand stärkste Kraft
- die SPD legte leicht zu und kam auf 25,7 Prozent
- die FDP verlor massiv und flog aus dem Bundestag
- die Linke wurde knapp vor den Grünen drittstärkste Partei und
- die gerade neu gegründete AfD erreichte aus dem Stand 4,7 Prozent, schaffte aber nicht den Einzug in den Bundestag.

Nach langen Verhandlungen verständigten sich Union und SPD auf eine Große Koalition, die die SPD durch einen Mitgliederentscheid legitimierte.

Die Koalition setzte relativ rasch eine Reihe von Maßnahmen um, von denen viele die Handschrift der SPD trugen: Mindestlohn, Rente mit 63, „Bündnis für Industrie“. Allerdings zeigte sich im Laufe der Wahlperiode zunehmend, dass die Bundesregierung sich nicht darauf beschränken konnte, den Koalitionsvertrag abzuarbeiten. Vielmehr wurde sie im Laufe der vier Jahre stets aufs Neue sowohl innen- als auch außenpolitisch mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehören die Ukraine-Krise und Bedrohungen durch Terrorismus. Dazu gehören die „Flüchtlingskrise“ und deren Folgen für die Integrationspolitik, aber auch der Abgas-Skandal und die daraus entstandene breite öffentliche Diskussion über die Zukunft des Diesels und das Ende des Verbrennungsmotors. Dazu gehören schließlich der Brexit und die Wahl von Präsident Donald Trump in den Vereinigten Staaten – mit weitreichenden Auswirkungen auch auf die europäische und deutsche Politik, etwa im Bereich Handel/Protektionismus und Klimaschutz.

Diese Veränderungen sind Ausdruck eines grundlegenden Transformationsprozesses – der Globalisierung, des Klimawandels, der Digitalisierung, der Vielfalt und der Migration. Damit einher geht eine Verunsicherung vieler Menschen – ob in Sachsen oder im Ruhrgebiet, ob im mittleren England oder im Rust Belt der USA – die sich auf das Wahl- und Abstimmungsverhalten auswirkt.

Die Megatrends sind nicht neu. Aber in ihrer Massivität und Gleichzeitigkeit werden sie offenbar zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. So haben sich in den vergangenen Jahren nicht nur die inhaltlichen Anforderungen an Politik verändert, sondern auch das politische Gefüge selbst, die Rahmenbedingungen, unter denen Politik gestaltet wird.



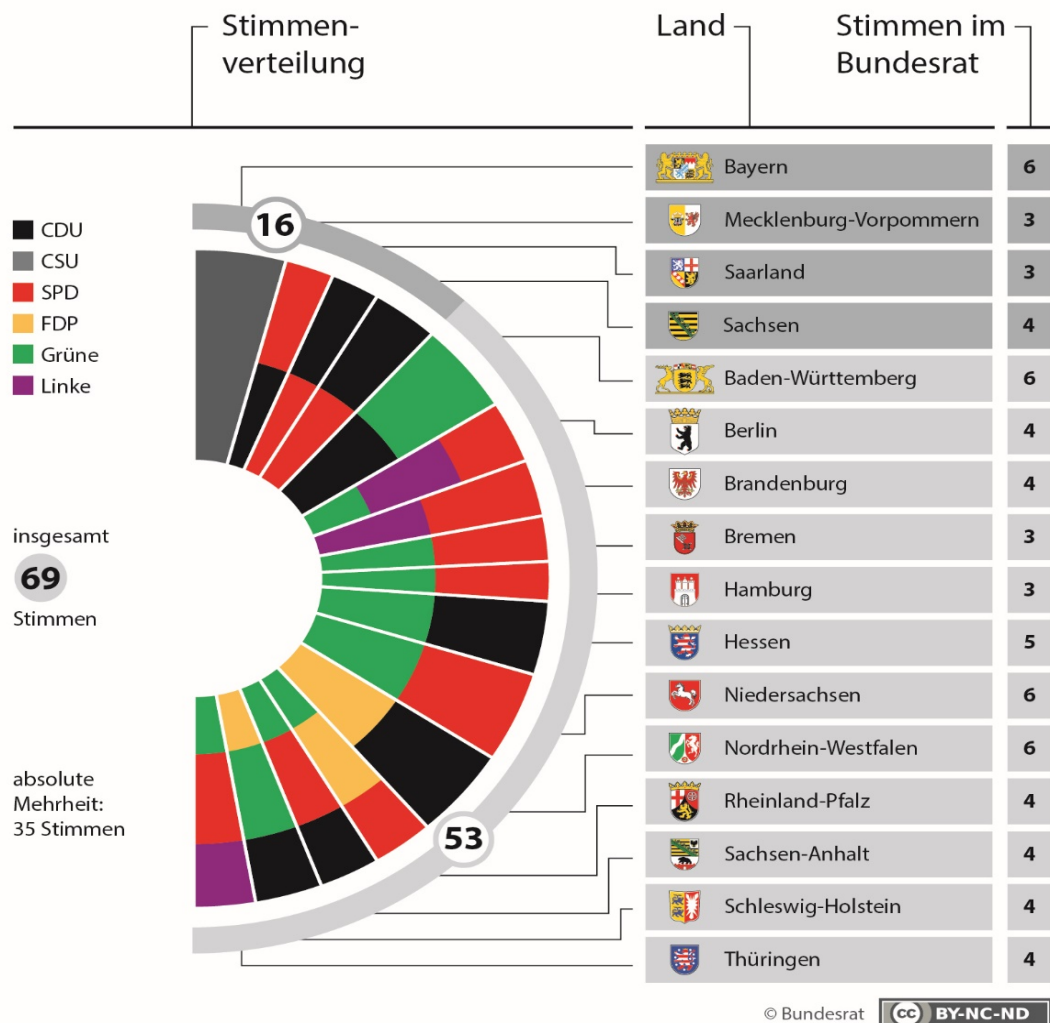
Bei den Landtagswahlen seit 2013 zeigte sich ein differenziertes Bild: Trotz leichter Zugewinne in manchen Ländern verlor die Union in vielen anderen – am massivsten in ihrem früheren Stammland Baden-Württemberg, wo sie nun Juniorpartnerin der Grünen ist. Die CDU verlor 2014 auch die Position des Ministerpräsidenten in Thüringen; dort regiert Rot-Rot-Grün, erstmals unter Führung eines Ministerpräsidenten der Partei Die Linke. Auch in Berlin schied die CDU 2016 aus dem Senat. Wo die SPD mit populären Ministerpräsidentinnen bzw. Ministerpräsidenten regierte, wurde sie – zumindest bis zum Jahr 2016 – bestätigt: in Brandenburg 2014, in Hamburg 2015, in Rheinland-Pfalz 2016. Das Erstarren der AfD, insbesondere ab Sommer 2014 war eine Herausforderung für alle übrigen Parteien. Die AfD erzielte zweistellige Ergebnisse, in den neuen Bundesländern teilweise über 20 Prozent.

Das „Superwahljahr 2017“ begann mit der Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten durchaus vielversprechend für die SPD. Die Union hatte dem Kandidaten nichts entgegensetzen, so dass sie – wie auch Grüne und FDP – die Wahl Steinmeiers unterstützte.

Im März und Mai folgten die Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Bei allen wurde die CDU stärkste Kraft. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gab es durch die Wahlen einen Regierungswechsel hin zu Regierungen unter Führung der CDU. Rot-Grün sowie die Küstenkoalition (SPD, Grüne, SSW) wurden abgewählt. Inzwischen sind in Schleswig-Holstein ein „Jamaika“-Bündnis und in Nordrhein-Westfalen eine schwarz-gelbe Regierung im Amt. Insbesondere die Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen war ein wichtiger Stimmungstest für die Bundestagswahl – hier wählen am 24. September 2017 ein Fünftel der Wahlberechtigten (Nähere Infos zu den Landtagswahlen im jeweiligen „Berlin aktuell“ zu den Wahlen).

Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat haben sich nach den Landtagswahlen zugunsten von CDU und FDP verschoben, auch wenn es unverändert keine eindeutigen Mehrheiten für ein ‚Lager‘ gibt.

Die Zusammensetzung des Bundesrates



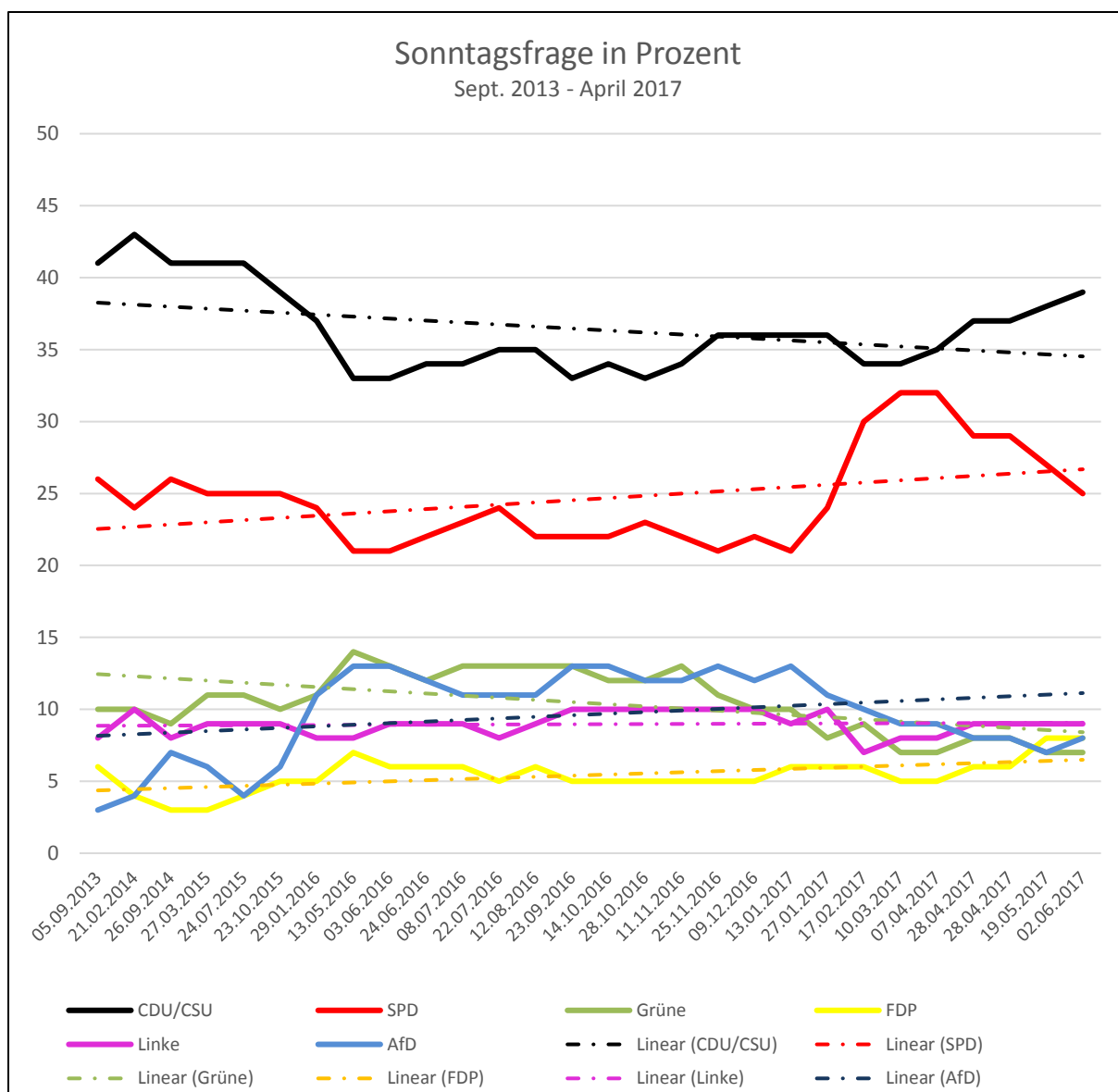
Ein Blick auf diese Grafik zeigt, wie vielfältig die politischen Farbmischungen inzwischen sind – von Rot-Rot-Grün in Thüringen über Schwarz-Grün in Hessen, eine Ampel (Rot-Gelb-Grün) in Rheinland-Pfalz bis hin zu einer Koalition aus CDU, SPD und Grünen in Sachsen-Anhalt.

Ausblick

Sonntagsfrage

Über die letzten Jahrzehnte sind die Parteibindungen in Deutschland erheblich zurückgegangen, das hat zu einem großen Anwachsen der Volatilität im Wählerverhalten geführt. Die Zahlen der Stammwählerinnen und Stammwähler gehen seit etwa Anfang der 1990er Jahre zurück, viele Wählerinnen und Wähler entscheiden sich erst kurzfristig, wem sie ihre Stimme geben. Populäre Amtsinhaber/-innen / Spitzenkandidat/-innen, wie Merkel auf Bundesebene oder Kretschmann in Baden-Württemberg, vermögen zudem Wählerinnen und Wähler weit über die Stammwählerschaft ihrer jeweiligen Parteien hinaus zu mobilisieren.

Kurzfristige Schwankungen der politischen Stimmung haben seither zugenommen, langfristige Prognosen sind schwieriger geworden.



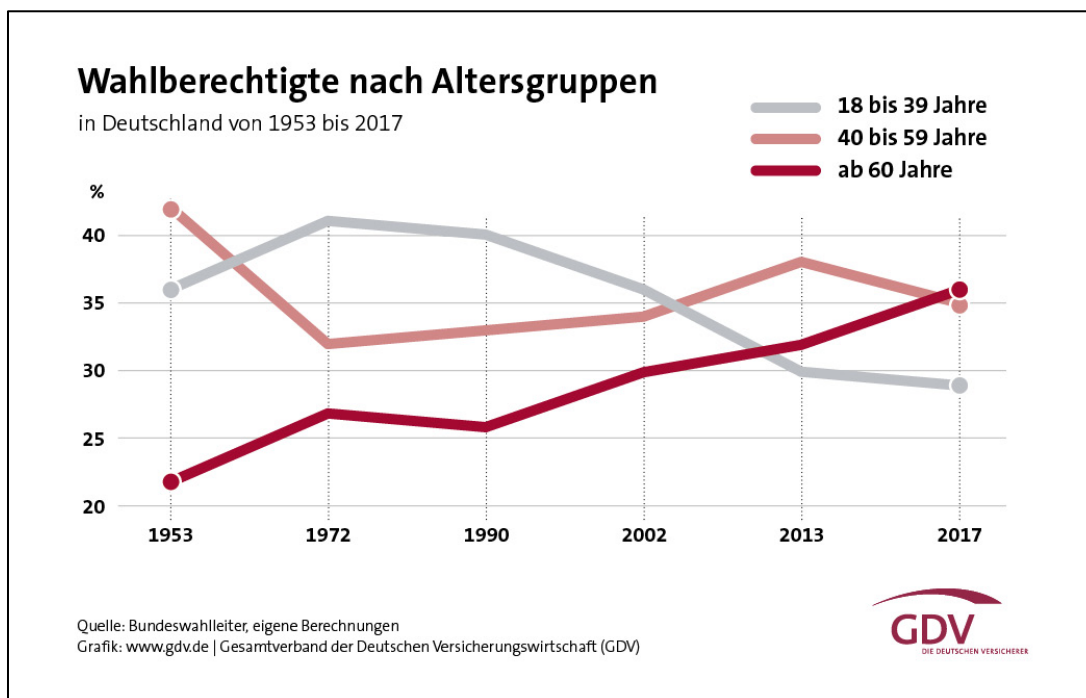
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Im Bundestrend konnte die AfD seit der letzten Bundestagswahl durch die Flüchtlingskrise deutlich an Zustimmung gewinnen. Zwischenzeitlich erreichte sie in Prognosen zweistellige Ergebnisse. Seit Anfang des Jahres sind die Umfragewerte jedoch gesunken. Im Sinkflug befinden sich seit Anfang des Jahres auch die Umfragewerte der Grünen. Die FDP hat sich von ihrem Debakel im Jahr 2013 erholt. Aktuellen Prognosen zufolge würde sie den Sprung zurück in den Bundestag schaffen und kann sich sogar Hoffnungen machen wieder drittstärkste Kraft zu werden.

Die Älteren als einflussreiche Wählergruppe

Bei der Bundestagswahl werden aufgrund der demografischen Entwicklung insbesondere die Älteren hohen Einfluss auf das Wahlergebnis nehmen. Laut einer Berechnung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft stellen die ab 60-Jährigen im Herbst 2017 mit 36,1 Prozent erstmals in der Geschichte die größte Gruppe der Wahlberechtigten. 34,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler gehören der Gruppe der 40- bis 59-Jährigen an und nicht einmal 30 Prozent sind jünger als 40 Jahre. Der Einfluss der Älteren auf das Wahlergebnis ist tatsächlich sogar noch größer als ihr Anteil an den Wahlberechtigten ausdrückt, wenn man bedenkt, dass sie zuverlässiger ihre Stimme abgeben als jüngere Wahlberechtigte.

Bei den Landtagswahlen 2017 hat vor allem die CDU, aber auch die SPD vom hohen Anteil an älteren Wählerinnen und Wählern profitiert. Insbesondere die Grünen, aber auch die AfD schnitten bei den Älteren deutlich unterdurchschnittlich ab.



Bewertung der wirtschaftlichen Lage

Die wirtschaftliche Situation hat sich in Deutschland in den zurückliegenden Jahren positiv entwickelt. Die Arbeitslosenquote hat mit 5,5 Prozent im Juni 2017 den niedrigsten Monatswert seit 26 Jahren erreicht. Laut Umfragen von Infratest dimap (Mai 2017) bewerteten 81 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage in Deutschland als gut bis sehr gut und nur 18 Prozent als weniger gut bis schlecht. Die Wählerinnen und Wähler bewerten die wirtschaftliche Lage noch einmal besser als vor der Bundestagswahl 2013 (plus 8 Prozent im Vergleich).

Auch die eigene wirtschaftliche Lage bewerteten die Befragten positiv: 81 Prozent betrachten sie als sehr gut bis gut und lediglich 19 Prozent als weniger gut bis schlecht. Im Vergleich zu 2013 hat sich auch die persönliche wirtschaftliche Lage der Befragten verbessert. Gleichwohl haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren zugenommen. Zahlreiche Studien über die Bundesrepublik zeichnen ein Bild einer tief gespaltenen Gesellschaft.

Zufriedenheit mit der amtierenden Regierung und Direktwahl Bundeskanzlerin/ Bundeskanzler

Laut Umfragen von Infratest dimap ist die Mehrheit der Deutschen (55 Prozent) mit der Arbeit der amtierenden Großen Koalition zufrieden bis sehr zufrieden. Weniger zufrieden bis gar nicht zufrieden sind dagegen 44 Prozent der Befragten. Wie schnell sich die politische Stimmung in Deutschland mittlerweile umkehren kann, zeigen aber die Antworten auf die Frage zur Direktwahl der Bundeskanzlerin bzw. des Bundeskanzlers im Zeitverlauf. Im Februar 2017 – kurz nachdem die SPD Martin Schulz als ihren Spitzenkandidaten vorgestellt hatte – waren 50 Prozent der Befragten geneigt, Martin Schulz bei einer fiktiven Direktwahl zu wählen – 34 Prozent hätten für die amtierende Kanzlerin Angela Merkel votiert. Ende Juni hatte sich das Blatt gewendet: 53 Prozent favorisierten Merkel und nur noch 29 Prozent Martin Schulz als Kanzlerin bzw. Kanzler.

Die Befragten stimmten zudem mehrheitlich der Aussage zu, dass „die Politik von Angela Merkel dafür gesorgt hat, dass es uns wirtschaftlich gut geht“ (72 Prozent) und dass die Bundeskanzlerin dafür sorgt, „dass es uns in einer unruhigen Welt gut geht“ (69 Prozent). Auf der anderen Seite

stimmten 57 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Angela Merkel ihre besten Zeiten als Bundeskanzlerin hinter sich hat. Gleichzeitig stimmten 66 Prozent der Befragten folgender Aussage zu: „Mir ist nicht klar, welche Politik Martin Schulz umsetzen will.“ Knapp 56 Prozent sehen mit ihm aber auch wieder sichtbare inhaltliche Unterschiede zwischen SPD und CDU.

Die Forderungen der IG Metall an die Politik

Die IG Metall hat ihre Themen den Parteien immer wieder vorgetragen. Insbesondere auf die Botschaften aus der großen Beschäftigtenbefragung vom Frühjahr 2017 sollten die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag sehr genau hören. Denn über 681.000 Beschäftigte (darunter fast 40 Prozent Nichtmitglieder) haben sehr klare Wünsche und Bedürfnisse artikuliert:

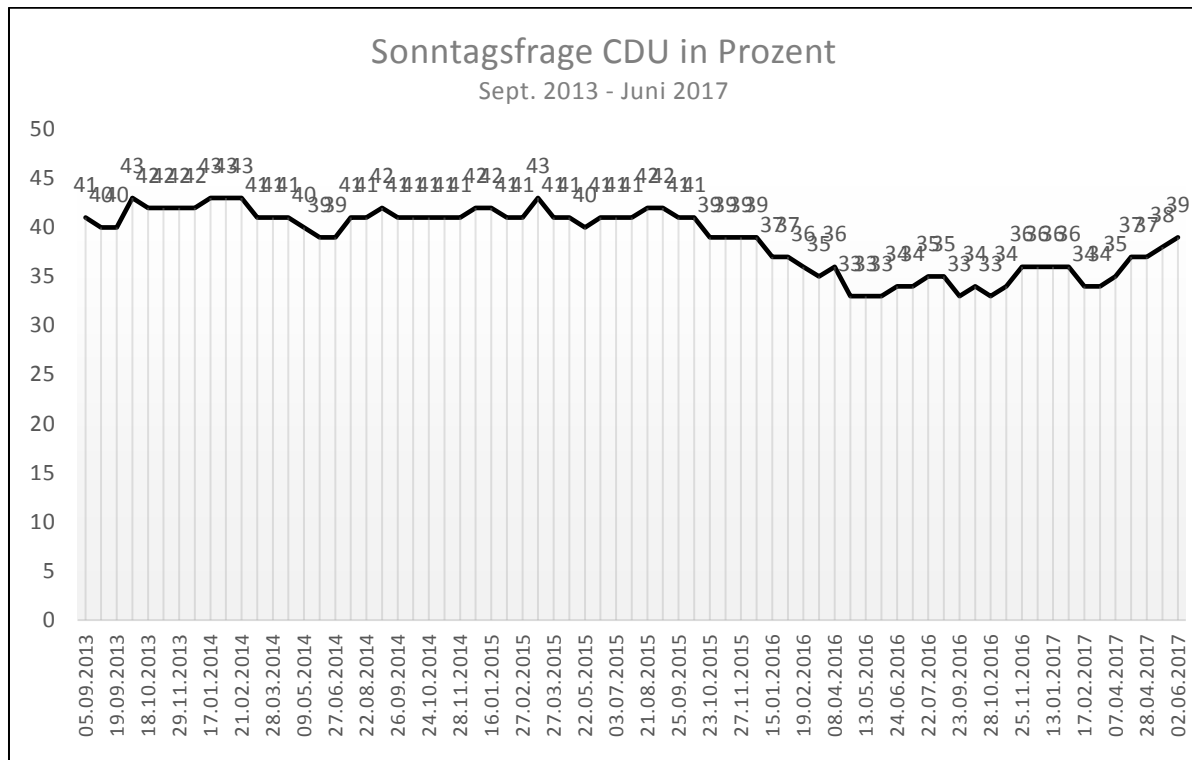
- Sie wollen ein Recht auf Abschalten statt Dauer-Erreichbarkeit. Um dieses Thema, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Schwächung des Arbeitszeitgesetzes, drohen heftige Auseinandersetzungen mit Teilen der Union (Wirtschaftsflügel, Seehofer) und vor allem mit der wiedererstarkten FDP.
- Sie wollen ein besseres Rentenniveau und würden dafür auch höhere Beiträge in Kauf nehmen.
- Sichere Perspektiven in der Industrie 4.0 sind den Beschäftigten sehr wichtig, unabhängig von der Branche, in der sie arbeiten, ihrem Einsatzbereich und auch ihrer Qualifizierung. Sie erwarten, dass die Politik sich dieses Themas annimmt.
- Das Thema Gerechtigkeit ist den Beschäftigten sehr wichtig. Erstens haben sie sich ausdrücklich für mehr Bildungsgerechtigkeit ausgesprochen. Sie wissen, dass in Deutschland die soziale Herkunft immer noch enorme Auswirkungen auf die „Bildungskarriere“ hat und wollen das ändern. Zweitens wollen die Beschäftigten endlich Entgeltgleichheit von Frauen und Männern und drittens fordert eine große Mehrheit die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.

Die Befragung hat außerdem gezeigt, dass viele Beschäftigte angesichts der großen Veränderungen, ausgelöst durch die Megatrends Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel, demographischer Wandel und wachsende Vielfalt, verunsichert sind und sich mehr Sicherheit wünschen.

Die Parteien

CDU und CSU

1. Ausgangslage



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Gut ein Vierteljahr vor der Bundestagswahl ist die Ausgangslage für CDU und CSU – zumindest gemessen an den demoskopischen Werten – gut; vor allem besser als vor drei Monaten, kurz nach der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD und der Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten.

Angela Merkel hatte Ende letzten Jahres mitgeteilt, dass sie bei der Bundestagswahl im September für eine weitere Wahlperiode als Bundeskanzlerin antreten wolle. Die CDU nominierte sie auf ihrem Parteitag im Dezember de facto auch als Kanzlerkandidatin, doch die CSU reagierte zurückhaltend. Die heftigen Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik ab dem Spätsommer 2015 und eine von der CDU abgelehnte CSU-Forderung nach einer Obergrenze für Geflüchtete wirkten nach. Das zeigte sich auch auf der Pressekonferenz von Horst Seehofer und Angela Merkel im Anschluss an ein „Versöhnungstreffen“ der beiden Parteispitzen Anfang Februar in München: Mimik und Gestik der Kanzlerin sahen gerade nicht nach Versöhnung aus. Gleichwohl legten CDU und CSU bei dem Treffen offenbar die Grundlagen für eine Verständigung. Denn die Kritik der CSU an der Kanzlerin verstummte in der Folge – und das umso mehr, je näher die Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen rückten.

Die Erfolge der CDU bei diesen drei Wahlen verschaffen der Union Rückenwind für die Bundestagswahl. Befragungen zu den drei Wahlen zeigten auch, dass die CDU in den Ländern nicht zuletzt wegen Angela Merkel und ihrer internationalen Rolle gewählt worden war. Merkels gemeinsamer Auftritt mit dem früheren US-Präsidenten Obama beim Kirchentag und ihre Positionierung gegenüber US-Präsident Trump im Anschluss an NATO- und G7-Gipfel machten diese


Rolle zuletzt sichtbar. Die CDU-Chefin dürfte diesen Trumpf in den nächsten Wochen weiter ausspielen, vor allem beim G20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli.

Die Landtagswahlen waren für Merkel auch insofern erfreulich, als mit Annegret Kramp-Karrenbauer, Daniel Günther und Armin Laschet jeweils (gesellschaftspolitisch) liberale CDU-Politikerinnen und -Politiker erfolgreich waren, die ihr nahestehen. Insofern bedeuten die Wahlerfolge auch einen Dämpfer für Konservative um Jens Spahn, die die CDU nach rechts rücken wollen und damit womöglich vor allem auf die Zeit nach Merkel spekulieren. Dass andererseits derselbe Parteiflügel den Erfolg in NRW bereits am Wahlabend auf eine (tatsächliche oder vermeintliche) konservative Kurskorrektur der CDU zurückführte, zeigt, welches Konfliktpotenzial noch in der Partei schlummert. Gleiches gilt auch für das Thema Staatsangehörigkeitsrecht. Vergessen ist noch nicht, dass der CDU-Parteitag vor einem halben Jahr gegen den Willen der Vorsitzenden ein „Nein“ zum Doppelpass beschloss – und Merkel direkt im Anschluss an den Parteitag sagte, sie gedenke nicht, diesen Parteitagsbeschluss umzusetzen.

Und auch, dass die CDU im größten Bundesland gerade eine schwarz-gelbe Regierung mit knapper Mehrheit gebildet hat und aktuellen Umfragen zufolge ein solches Bündnis auch auf Bundesebene einer Mehrheit nahe ist, dürfte zwiespältig gesehen werden: Die letzte schwarz-gelbe Bundesregierung (2009 bis 2013) ist vielen Menschen nicht in guter Erinnerung – nicht nur wegen der Ausrichtung der Politik, sondern auch wegen des Umgangs der Koalitionspartner miteinander. Zudem inszeniert sich Merkel gern als integrierende, die Interessen ausgleichende Kanzlerin. Eine schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung mit neoliberaler Einschlag in NRW liefe dieser Inszenierung zuwider und eröffnete insbesondere der SPD umso besser die Möglichkeit, sich mit dem Thema Gerechtigkeit zu profilieren. Spannender dürfte aus Sicht der CDU-Spitze dagegen das sich anbahnende Dreierbündnis mit FDP und Grünen in Schleswig-Holstein sein.

Hauptziel von CDU und CSU ist es, das „gegen“ die Union nicht regiert werden kann. Alle Koalitionskonstellationen sind jedoch auch aus Sicht der Union problembehaftet: Die Große Koalition ist beim Wirtschaftsflügel der CDU unbeliebt. Ein Bündnis unter Einbeziehung der Grünen wäre aus Sicht der CSU mit Zumutungen verbunden (im Bereich innere Sicherheit, Migration, aber auch Landwirtschaft). Und eine Koalition unter Beteiligung der FDP würde in der Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu Auseinandersetzungen zwischen FDP und CDU-Sozialflügel führen. Die Union geht ohne Koalitionsaussage in die Wahl – und am Ende würde sie wohl auch kein Bündnis scheitern lassen, solange damit ~~die~~ gesichert werden kann, dass Angela Merkel Kanzlerin bleibt. Klar ist trotz aller Vorbehalte: Reicht nach der Wahl rechnerisch Schwarz-Gelb, wäre das das wahrscheinlichste Bündnis.

2. Kandidatinnen und Kandidaten

	<p>Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Geboren am 17.07.1954 in Hamburg</p> <p>Physikerin, CDU-Generalsekretärin 1998-2000, Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands seit 2000, Bundesministerin für Frauen und Jugend von 1991–1994, Bundesumweltministerin von 1994-1998, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland seit 2005.</p> <p>Kandidiert im Wahlkreis 15 (Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifswald I)</p> <p>Gewerkschaftszugehörigkeit: nein</p>
---	--

Angela Merkel ist unangefochtene Kanzlerkandidatin von CDU und CSU. Die Union baut bei der Wahl auf den Kanzlerinnenbonus. Auf den vorderen Plätzen der Landeslisten zur Bundestagswahl finden sich prominente CDU-Ministerinnen und -Minister – etwa Ursula von der Leyen in Niedersachsen, Hermann Gröhe in NRW und Thomas de Maizière in Sachsen. Die CSU hat den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann zum Spitzenkandidaten gekürt – mit der klaren Ansage, dass Hermann nur als Bundesinnenminister nach Berlin wechseln werde. Das macht einerseits klar, welche Bedeutung die CSU dem Thema „Innere Sicherheit“ beimisst, andererseits enthält diese Aussage aber auch eine Spitze gegen den amtierenden Innenminister aus der Schwesterpartei. Neben Herrmann spielt Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt eine herausragende Rolle, der für den Posten als CSU-Landesgruppenvorsitzender (als Nachfolger für die aus dem Bundestag ausscheidende Gerda Hasselfeldt) gehandelt wird.

Die der IG Metall angehörenden CDU-Abgeordneten Uwe Schummer, Peter Weiß, Günter Lach und Matthias Zimmer kandidieren erneut für den Bundestag – Schummer und Weiß in sicheren CDU-Wahlkreisen (Viersen und Emmendingen/Lahr), Zimmer und Lach (Frankfurt und Wolfsburg) in Wahlkreisen mit bisher mäßigem CDU-Vorsprung (und auf eher wackeligen Listenplätzen). Zusätzlich steht der CDU-Arbeitnehmerflügel-Vorsitzende und IG-Metaller Karl-Josef Laumann auf dem sicheren Listenplatz 2 der nordrhein-westfälischen CDU-Liste; allerdings ist er inzwischen Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen geworden, so dass es eher unwahrscheinlich ist, dass er das Bundestagsmandat annehmen wird. Der sozialpolitische Sprecher der Unionsfraktion Karl Schiewerling scheidet zum Ende der Wahlperiode auf eigenen Wunsch aus dem Bundestag aus. Der 2013 zum ersten Mal in den Bundestag gewählte frühere Betriebsrat und ver.di-Kollege Uwe Lagosky tritt als Gegenkandidat von Sigmar Gabriel in einem für die CDU nicht zu holenden Wahlkreis (Salzgitter-Wolfenbüttel) und auf dem unsicheren Platz 24 der niedersächsischen CDU-Landesliste an.

3. Themen/Inhalte

Die Unionsparteien haben ihr Wahlprogramm am 3. Juli 2017 vorgestellt. Schwerpunkte sind die Themen Wirtschaft und Arbeit, Familie und Sicherheit. Auch bei Bildung und Forschung wollen CDU und CSU Akzente setzen.

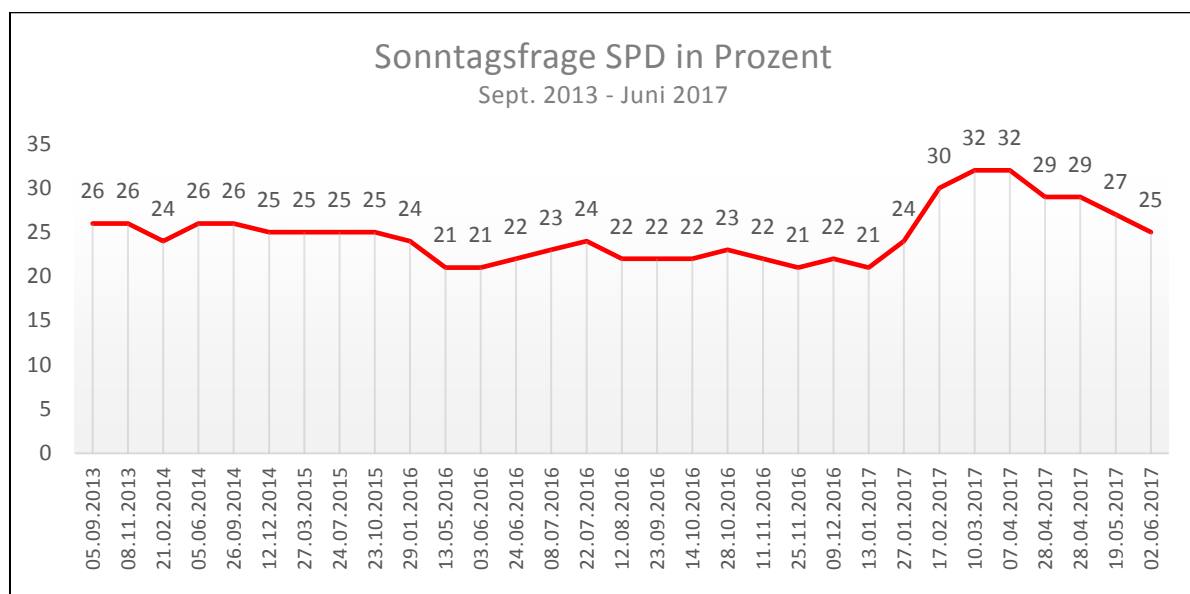
Die Union stellt bis zum Jahr 2025 Vollbeschäftigung in Aussicht. Die Transformation und die Megatrends Digitalisierung, Demografie, Migration und Klimawandel finden ihren Niederschlag im Programm; in vielen Bereiche sind die Antworten aber eher allgemein gehalten.

CDU und CSU bekennen sich zu Tarifautonomie und treten für eine Stärkung der Tarifbindung ein, bleiben jedoch konkrete Vorschläge weitgehend schuldig. Die Tarifvertragsparteien sollen die Möglichkeit erhalten, abweichende Regelungen von den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes zu vereinbaren. Den Qualifikationsbedarf angesichts der Transformation erkennt die Union an. Sie strebt eine „Nationale Weiterbildungsstrategie“ an, die gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und zuständigen Stellen erarbeitet werden sollte. Den „Meister“ will die Union besser fördern, außerdem will sie eine „Höhere Berufsbildung“ etablieren. CDU und CSU treten für „Bürokratieabbau“ beim Mindestlohn ein und wollen die Minijob-Grenze anheben. Die Unionsparteien sagen, befristete Arbeitsverhältnisse dürften unbefristete Arbeitsverhältnisse „nicht einfach ersetzen“. Sie ziehen daraus aber nicht die Konsequenz, sachgrundlose Befristungen abschaffen zu wollen, sondern beschränken sich auf die Aussage, man werde offenkundige Missbräuche abstellen. Für die gesetzliche Rentenversicherung sieht die Union erst für die Zeit ab 2030 wieder Handlungsbedarf, Vorschläge soll eine parteiübergreifende Kommission unter Einbeziehung der Sozialpartner erarbeiten.

Weitere Informationen zu den Themen/Inhalten mit Fokus auf die Schwerpunktthemen der IG Metall, sind in der Synopse aufgeführt. Siehe Linkliste am Ende.

SPD

1. Ausgangslage



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die SPD hat im Bundestagswahljahr bereits eine Achterbahnfahrt der Gefühle hinter sich. Seit der letzten Bundestagswahl in 2013 steckte sie in Umfragen bei gut 20 Prozent fest, obgleich sie in der Großen Koalition viele ihrer Wahlversprechen umsetzen konnte und solide mit der Union regierte. Dann gab Sigmar Gabriel, den fast alle Beobachter als Kanzlerkandidaten der SPD erwartet hatten, Ende Januar überraschend seinen Verzicht bekannt. Gabriel sprach sich für Martin Schulz als Kanzlerkandidaten aus und kündigte seinen Rücktritt als Parteivorsitzender an. Schulz wurde dann auch kurz darauf vom Parteivorstand vorgeschlagen. Fortan schnellten die Umfragewerte der SPD in ungeahnte Höhen, zeitweise war die SPD bei etwa 30 Prozent in Umfragen auf Augenhöhe mit der Union, Martin Schulz war gar beliebter als Kanzlerin Merkel. Man sprach vom Schulz-Effekt. Auf dem Höhepunkt der Euphorie um Martin Schulz wurde dieser am 19. März auf einem Parteitag offiziell

zum Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden gewählt. Mit glatten 100 Prozent Zustimmung in beiden Wahlgängen erzielte Schulz als Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat Rekordergebnisse. Am selben Tag zog mit Frank-Walter Steinmeier auch noch ein Sozialdemokrat ins Schloss Bellevue ein, die SPD schien alle Trümpfe für die Bundestagswahl in der Hand zu haben.

Doch dann folgten drei Niederlagen bei Landtagswahlen. Zudem sinken die Umfragewerte der SPD auf Bundesebene seit April wieder und die Zustimmung zu Martin Schulz nimmt in Umfragen ebenfalls ab. Damit die ernüchternden Wahlergebnisse für die SPD im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen möglichst nicht den Kanzlerkandidaten Schulz beschädigen, wurden diese seitens der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu einem großen Teil mit jeweiligen landespolitischen Besonderheiten und Fehlern in der Wahlkampfplanung der Länder erklärt: Im Saarland schielte die SPD recht offensiv auf eine bei Wählerinnen und Wählern unbeliebte Koalition mit der Linkspartei, in Schleswig-Holstein führte ein „Bunte“-Interview des Ministerpräsidenten Albig kurz vor der Wahl dazu, dass er zahlreiche Wählerinnen verprellte. In NRW war die SPD nicht in der Lage, auf Angriffe der Opposition in den letzten zwei Wochen vor der Wahl zu reagieren. Ein ganz auf die Ministerpräsidentin Kraft zugeschnittener „Wohlfühlwahlkampf“, der weitgehend auf Inhalte verzichtete, verbunden mit dem ausdrücklichen Wunsch von Kraft, Martin Schulz und die Bundespolitik aus dem Wahlkampf herauszuhalten, führten dazu, dass die SPD ein desolates Erscheinungsbild abgab. Die Frage: „Wo ist Martin Schulz?“ machte die Runde und der Ruf nach Inhalten, die sich mit der Person Martin Schulz verbinden, wurde immer lauter. Die SPD und vor allem ihr Parteivorsitzender ließen inhaltliche Klarheit vermissen. Mittlerweile hat die SPD geliefert. Auf ihrem Programmparteitag in Dortmund hat sie einstimmig ein Wahlprogramm verabschiedet, das in weiten Teilen der Öffentlichkeit positiv aufgenommen wurde.


Angesichts der gesunkenen Beliebtheitswerte für Martin Schulz und unverändert schwacher Umfrageergebnisse der SPD bleibt die Frage, ob Martin Schulz und die Sozialdemokratie in den nächsten vier Monaten bis zur Bundestagswahl noch einmal aus der Defensive kommen, völlig offen. Zuletzt löste der Rücktritt des erkrankten Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, in der SPD eine Personalrochade aus. Die bisherige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat nun Sellerings Nachfolge angetreten, die zuletzt glücklose und auch durch die verlorenen Landtagswahlen in die Kritik gekommene Katarina Barley ist seit Anfang Juni Schwesigs Nachfolgerin. Mit dem Wirtschaftspolitiker Hubertus Heil holte Martin Schulz einen erfahrenen Wahlkämpfer als Generalsekretär. Heil, der im Wahlkreis Gifhorn für den Bundestag kandidiert, ist Mitglied der IG Metall und war bereits von 2005 bis 2009 Generalsekretär, hatte in 2009 allerdings auch das schlechteste SPD-Wahlergebnis aller Zeiten mit zu verantworten.

Als Lehre aus den verlorenen Landtagswahlen und um dem Vorwurf der Rückwärtsgewandtheit entgegenzutreten, sollen neben dem Thema soziale Gerechtigkeit im Bundestagswahlkampf der SPD auch Innovation/Modernisierung und Digitalisierung eine größere Rolle spielen. Zudem planen Martin Schulz und die SPD, Europa als Garant für den Frieden positiv zu besetzen und damit dem Rechtspopulismus den Kampf anzusagen. Auch auf dem Feld der inneren Sicherheit möchte sich die SPD, eine weitere Lehre aus den verlorenen Landtagswahlen, künftig keine Blöße geben.

Ob der Plan der SPD aufgeht, mit Martin Schulz den Kanzler der nächsten Bundesregierung zu stellen, scheint derzeit mehr als ungewiss. Sie hat den wichtigsten Stimmungstest vor der Bundestagswahl, die Landtagwahl in NRW, klar verloren, ihre Umfragewerte im Bund sinken. Es wird für Martin Schulz wichtig sein, die Wählerinnen und Wähler mit inhaltlichen Positionen zu überzeugen, um das strategische Dilemma der SPD ausgleichen zu können. Denn wegen der anhaltenden Schwäche der Grünen und den Vorbehalten gegen eine Regierungsbeteiligung der Linken bei anhaltender Skepsis der SPD-Anhängerinnen und -Anhänger gegenüber einer großen Koalition unter Führung der Union ist die Ausgangssituation für die SPD schwierig. Gelingt es nicht, das Bild in der Öffentlichkeit zu drehen, droht der SPD der Gang in die Opposition angesichts aktueller Umfragen, die erstmals seit

2009 eine Mehrheit für Schwarz-Gelb im Bund möglich erscheinen lassen. Bei der Bundestagswahl stärker als die CDU zu werden und eine große Koalition anzuführen scheint derzeit aussichtslos zu sein, von Rot-Grün redet angesichts der anhaltenden Schwäche beider Parteien in Umfragen schon lange keiner mehr. Bleiben Dreier-Koalitionen übrig, in denen Rot-Grün die FDP oder die Linkspartei mit ins Boot holt, um eine Regierungsmehrheit für Martin Schulz zu bilden. Beide Möglichkeiten hat die SPD nicht ausgeschlossen. Schnittmengen zur FDP gibt es für Rot-Grün in den Themenfeldern Bildung, Einwanderung, Gleichstellung. Strittig wären hier insbesondere die Steuer- sowie die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mit der Linken könnten sich SPD und Grüne vermutlich, trotz aller Unterschiede, leichter in den Themenfeldern Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einigen. Als Knackpunkte gelten aber unverändert die Themen Europa und Internationale Politik. Gänzlich ausgeschlossen hat die SPD einzig eine Zusammenarbeit mit der AfD.

2. Kandidatinnen und Kandidaten

	<p>Martin Schulz, Vorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD</p> <p>Geboren am 20.12.1955 in Hehlrath, heute Eschweiler Buchhändler, Bürgermeister der Stadt Würselen (NRW) von 1987-1998, Mitglied des Europäischen Parlaments von 1994 bis 2017, Präsident des Europäischen Parlaments von 2012 bis 2017. Vorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD seit 19.03.2017 Keine Wahlkreiszuordnung, Landesliste NRW Platz 1 Gewerkschaftszugehörigkeit: IG BCE</p>
---	--

Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender ist Martin Schulz. Er wurde mit 100 Prozent Zustimmung am 19. März 2017 auf dem Parteitag in Berlin gewählt. Schulz präsentiert sich als Mensch, der die Sorgen und Probleme der Leute vor Ort kennt. Dabei nimmt er immer wieder Bezug zu seiner Zeit von 1987 bis 1998 als Bürgermeister der Gemeinde Würselen (Nordrhein-Westfalen), wo er heute noch lebt. Schulz ist jedoch schon lange ein Polit-Profi, er war von 1994 bis 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments und von 2012 bis 2017 sogar dessen Präsident. Seit 1999 gehört er bereits dem Bundesvorstand und dem Parteipräsidium der SPD an. Bei dieser Bundestagswahl kandidiert Schulz erstmals für den Deutschen Bundestag.

Die SPD stellt in der Großen Koalition mit der CDU derzeit sechs Bundesministerinnen und Bundesminister. Diese kandidieren alle für den nächsten Deutschen Bundestag. Bis auf Sigmar Gabriel in Niedersachsen und Barbara Hendricks in Nordrhein-Westfalen treten sie als jeweilige Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten in den Ländern an: Nordrhein-Westfalen: Martin Schulz (Barbara Hendricks auf Platz 2), Niedersachsen: Thomas Oppermann (Sigmar Gabriel auf Platz 25, in 2009 bereits auf Platz 24 während er in 2013 auf Platz 1 kandidierte. Gabriel hat einen sicheren Wahlkreis und wird aller Voraussicht nach direkt in den Bundestag einziehen), Rheinland-Pfalz: Andrea Nahles, Mecklenburg-Vorpommern: Sonja Steffen (IG Metall-Mitglied), Hamburg: Aydan Özoguz, Bayern: Florian Pronold, Baden-Württemberg: Leni Breymaier (Gewerkschafterin, früher Bezirksleiterin Ba-Wü bei ver.di), Saarland: Heiko Maas, Hessen: Michael Roth, Thüringen: Carsten Schneider, Sachsen: Daniela Kolbe, Sachsen-Anhalt: Burkhard Lischka, Brandenburg: Dagmar Ziegler, Berlin: Eva Högl, Bremen: Sarah Ryglewski, Schleswig Holstein: Bettina Hagedorn.

Die folgenden, aktuellen SPD-Bundestagsabgeordneten mit IG-Metall-Mitgliedschaft kandidieren bei dieser Wahl erneut: Lothar Binding, Saskia Esken, Sigmar Gabriel, Hubertus Heil, Josip Juratovic, Cancel Kiziltepe, Anette Kramme, Andrea Nahles, Markus Paschke, Stefan Rebmann, Hans-Joachim Schabedoth, Dagmar Schmidt, Stefan Schwartze, Martina Stamm-Fibich, Sonja Steffen, Claudia Tausend, Gabi Weber.

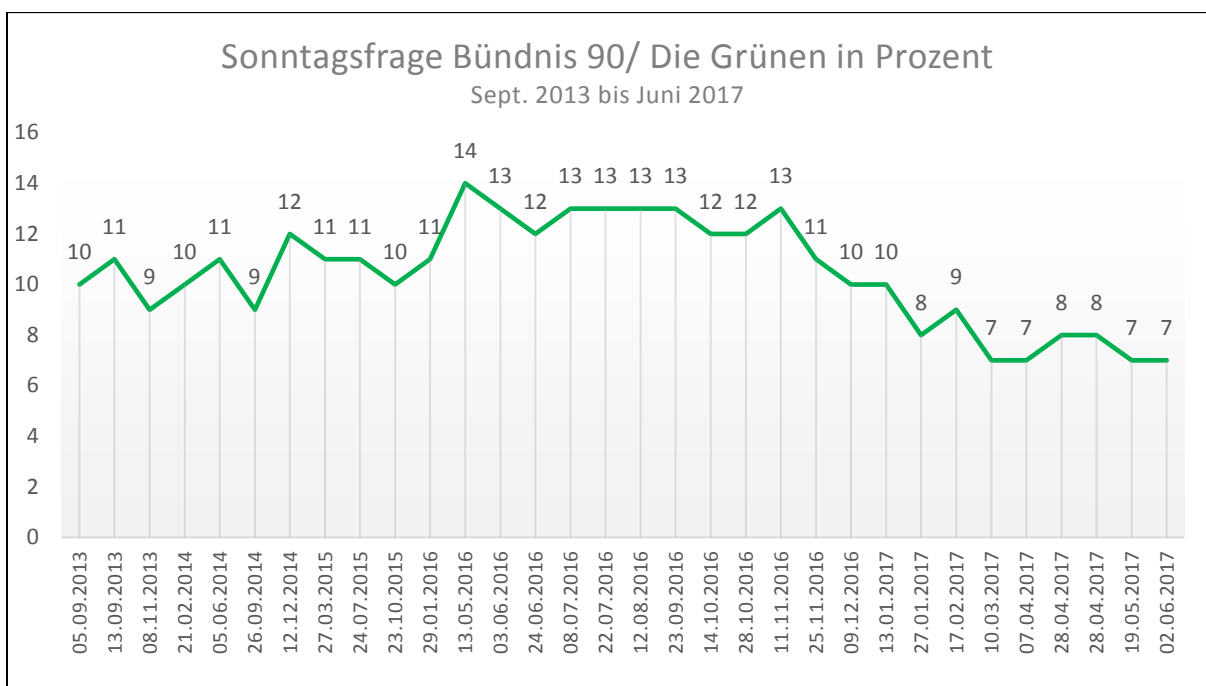
3. Themen/Inhalte

Auf dem Parteitag am 25. Juni in Dortmund hat die SPD ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl beschlossen. Am 16. Juli wird Martin Schulz außerdem noch einen Zukunftsplan für Deutschland (alternativ: „Deutschlandplan“) vorstellen. Dieser soll neben dem Wahlprogramm stehen und die zentralen Punkte seiner Agenda beinhalten.

Weitere Informationen zu den Themen/Inhalten mit Fokus auf die Schwerpunktthemen der IG Metall, sind in der Synopse aufgeführt. Siehe Linkliste am Ende.

Bündnis 90/Die Grünen

1. Ausgangslage



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die Grünen sind bis jetzt der große politische Verlierer des Jahres 2017. Seit einigen Monaten sind ihre Werte in den Sonntagsfragen im Tiefflug. Die enttäuschenden Landtagswahlen im Saarland und vor allem das Debakel in Nordrhein-Westfalen haben den Absturz noch beschleunigt. Auch das gegen den Bundestrend starke Abschneiden in Schleswig-Holstein hat den Trend nicht gedreht.

Die Grünen sind an zehn Landesregierungen ganz unterschiedlicher Farbkombinationen beteiligt. Allerdings besetzen sie hier eine Rolle, die früher die FDP innehatte, und werden als Mehrheitsbeschafferinnen und -beschaffer gebraucht, um überhaupt eine Alternative zur Großen Koalition zu haben. Dahinter steckt aber keine nachhaltige Wählerbindung. Aktuell sind die Grünen außer in Schleswig-Holstein noch in Baden-Württemberg stark, seit jeher auch in den Stadtstaaten und mit Abstrichen in Niedersachsen. Im Osten und im Saarland sind sie dauerschwach, in Rheinland-Pfalz regieren sie trotz Verlusten in Höhe von zehn Prozentpunkten weiter mit zehn Prozent. Auch wenn man die Mitgliederzahlen anschaut ist das Bild nicht erfreulicher. Die „Sonnenblumen-Partei“ droht in ganzen Regionen zu verdorren.

Die Grünen stecken in einer personellen, strategischen und inhaltlichen Krise. Verfestigt sich der gegenwärtige Frust über zugleich all- und ohnmächtig wirkende Grüne, könnte es bei den Bundestagswahlen knapp werden. Wenn sie nicht schnell einen Neustart schaffen, können sie ein starkes Bundesergebnis fast schon abhaken. Damit hat die Partei jede Menge zu tun. Ihr größtes Dilemma ist zuletzt in NRW deutlich geworden. Dort sagten in einer Umfrage 80 Prozent der Befragten, sie wüssten nicht, wofür die Grünen im Bund stünden. Nach dem Absturz in Nordrhein-Westfalen lautet die Aufgabe für die Grünen also, deutlicher zu machen, wofür sie bei der Bundestagswahl kämpfen. Und auch ein zweites, grundsätzliches Dilemma der Partei ist in NRW deutlich geworden: Auf der einen Seite kritisieren ihre Anhängerinnen und Anhänger, sie habe in sieben Regierungsjahren nur wenig erreicht. Auf der anderen Seite schlägt ihr der Hass vieler Bürgerinnen und Bürger für das entgegen, was die Grünen erkämpft haben. Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Umweltschutz – die Gegner der Grünen sehen darin einen moralisierenden Regelungswahn und einen Eingriff in ihre Lebensweise.

Nach Ansicht von Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt müsse man künftig stärker gegen das Image als wirtschaftsfeindliche Partei angehen. Die Verbindung von Ökonomie und Ökologie sei in NRW nicht als Zukunftsperspektive verstanden worden – in Schleswig-Holstein hingegen schon. In NRW habe außerdem die Sicherheitsfrage eine große Rolle gespielt, auch für Grünen-Wählerinnen und -Wähler. Auch wenn das Thema nicht im Zentrum des Grünen-Wahlkampfes stehen werde, dürfe man es „nicht ignorieren“ – etwa wenn es um Frauenrechte gehe oder um die Frage, wie man sicher in der Stadt leben könne.

Winfried Kretschmann hat seine Partei zu mehr Konzentration auf grüne Kernthemen aufgefordert und gesagt, man dürfe sich "nicht immer an Themen abarbeiten, bei denen wir nichts gewinnen können - wie etwa die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer auf die Maghreb-Staaten". Vorschläge und Debatten müssten zu den aktuellen Entwicklungen in der Gesellschaft passen.

Für den schleswig-holsteinischen Umweltminister Robert Habeck haben „Fehler und Dusseligkeiten“ dazu geführt, dass viele Menschen den Eindruck hätten, die Grünen seien aus der Zeit gefallen. Die Grünen müssten zeigen, dass sie leidenschaftlich und optimistisch sind und auf positive Art Politik machen. Vor einigen Monaten bereits hatten die Grünen tatsächlich einen „neuen Sound“ versprochen. Sie wollten nicht mehr als Mahner und „Verbotspartei“ daherkommen.


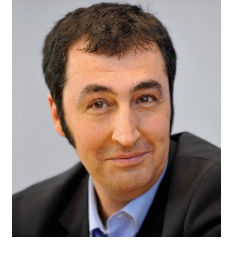
Die Partei will soziale Gerechtigkeit, aber ohne Vermögensteuer. Sie will Umwelt und Klima retten, aber die Wähler nicht mit Verboten und Kosten überfordern. Sie will Teil eines Linkslagers gegen die AfD sein, aber konservativ genug werden, um an die Union andocken zu können.

Die Grünen müssten besser erklären, was ihre Konzepte mit dem Alltag der Menschen zu tun hätten, sagt Göring-Eckardt. Sie müssten deutlicher machen, für welche Themen sie mit Leidenschaft kämpften. Mehr Angriffslust wünscht sich auch die Grüne Jugend, insbesondere vom Spitzenduo Göring-Eckardt und Özdemir. Die Grünen müssten eine „klare und glaubwürdige Gegenstimme“ zum „krassen Rechtsruck“ sein, der sich bei der Landtagswahl in NRW gezeigt habe, sagte Bundessprecherin Jamila Schäfer. Dazu gehöre, „unsere Überzeugungen noch viel entschlossener gegen Widerstände zu verteidigen“.

Die Grünen wollten bei der Bundestagswahl deutlich zweistellig abschneiden und drittstärkste Kraft vor AfD, FDP und Linken werden. Ihr Ziel war eine realistische Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung im Bund. Derzeit scheint das eher unwahrscheinlich. Selbst ein Scheitern an der Fünfprozenthürde im Bund wird nicht mehr als gänzlich unrealistisches Krisenszenario erachtet. Doch zu früh abschreiben sollte man die Grünen auch nicht. Denn jetzt können sie in alle Richtungen angreifen und genau danach scheinen sich viele Grüne auch zu sehnen. Ein provokanterer Kurs, bei dem auch vor Maximalforderungen nicht zurückgeschreckt würde, könnte möglicherweise gegen die schlechten Umfrageergebnisse im Bund helfen. Die Grünen können ausgerechnet von ihrer

Lieblingsgegnerin etwas lernen: der FDP. Sie hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass wer offensiv zu seinen Werten steht, bestimmt nicht seine Gegner bekehrt, aber dafür seine Anhänger mobilisiert.

2. Kandidatinnen und Kandidaten

	<p>Katrin Göring-Eckardt, MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen</p> <p>Geboren am 03.05.1966 in Friedrichsroda Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1998, Präses der Synode der EKD von 2009 bis 2013, Fraktionsvorsitzende (gemeinsam mit Anton Hofreiter) seit 2013 Wahlkreis: Thüringen, Gotha/ IIm-Kreis</p> <p>Gewerkschaftszugehörigkeit: nicht bekannt</p>
	<p>Cem Özdemir, MdB, Bundesvorsitzender der Partei Bündnis 90/ Die Grünen</p> <p>geboren am 21.12.1965 in Bad Urach Diplom-Sozialpädagoge, Mitglied des Europäischen Parlaments von 2004 bis 2009, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1994-2002 (Rücktritt nach „Bonusmeilen-Affäre“) und wieder seit 2013. Wahlkreis: Stuttgart I</p> <p>Gewerkschaftszugehörigkeit: nicht bekannt</p>

Die Grünen haben sich als einzige Partei für eine Urwahl ihres Spitzenduos entscheiden. Nach einem mehrmonatigen Prozess setzten sich Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir gegen die beiden Mitbewerber Robert Habeck und Anton Hofreiter durch. Habeck lag dabei nur 75 Stimmen hinter Özdemir. Göring-Eckardt und Özdemir als Spitzenkandidatin und Spitzenkandidat stehen zwar immer wieder in der Kritik, werden aber sicherlich nicht mehr ausgetauscht. Die Grünen können es sich kaum erlauben, das Votum der Parteibasis zu ignorieren. Bis dato werden bei den Grünen daher weniger Personaldebatten geführt, sondern Diskussionen gibt es vor allem über das Wahlprogramm, das in wenigen Tagen beschlossen werden soll, und über die strategische Ausrichtung. Womöglich werden die Grünen ihre Spitzenleute Winfried Kretschmann und Robert Habeck stärker als geplant einbinden und den Haustürwahlkampf ausbauen.

Einige prominente Grüne werden im September nicht noch einmal antreten. Volker Beck und Christian Ströbele sind darunter, aber auch Brigitte Pothmer, die langjährige arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. Gute Aussichten wieder in den Bundestag einzuziehen haben Sven-Christian Kindler, bislang das einzige IG Metall-Mitglied in der Bundestagsfraktion, sowie Beate Müller-Gemmecke, die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Partei.

3. Themen/Inhalte

Nach der für sie enttäuschenden Bundestagswahl 2013 haben sich die Grünen auf ihre Kernthemen konzentriert und zurückbesonnen: Energie und Klima, Mobilität, Ernährung. Aber sie haben den Fokus zwischenzeitlich auch um die Themen Arbeitszeit und soziale Gerechtigkeit erweitert. Dennoch wollen die Grünen im Bundestagswahlkampf vor allem auf im Alltag der Menschen spürbare Umweltfragen setzen.

In Ergänzung zum Wahlprogramm haben die Spitzen Göring-Eckart hat Özdemir unter der Überschrift „Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen“ einen „Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren“ vorgestellt, der die wichtigsten Themen bündelt und auch bereits signalisieren soll, welche Themen

für die Grünen bei möglichen Koalitionsverhandlungen eine besonders wichtige Rolle spielen werden. Die Grünen wollen

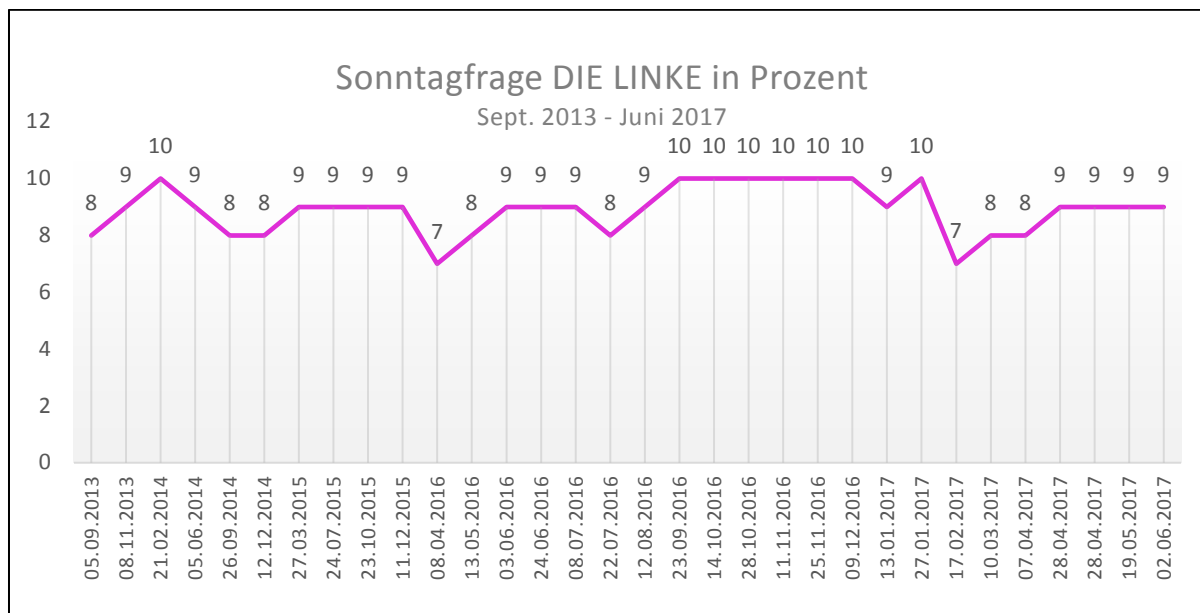
- den Klimaschutz voranbringen,
- der E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen,
- Landwirtschaft nachhaltig machen,
- Europa zusammenführen,
- Familien stärken,
- soziale Sicherheit schaffen (durch Einführung einer Bürgerversicherung, ein Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit oder Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer),
- Integration zum Erfolg führen,
- Liebende heiraten lassen,
- Freiheit sichern und
- Fluchtursachen bekämpfen.

Dieses Papier ist von vielen wichtigen Grünen unterzeichnet und soll vor allem Geschlossenheit demonstrieren. Es soll das Wahlprogramm bündeln, wurde auf dem Parteitag Mitte Juni als Antrag eingebracht und mit wenigen Änderungen einstimmig beschlossen. Überschattet wurde die Verabschiedung allerdings von einem Ausbruch Kretschmanns gegen den Beschluss des Parteitages, ab 2030 keine konventionell angetriebenen Autos in Deutschland mehr zu produzieren. Von mehr Klarheit und Zuspitzung, wie sie nach NRW auch von Spitzenleuten gefordert wurde (s.o.), ist ansonsten nicht viel zu spüren. Kontroverse Themen haben die Grünen hier ausgeblendet, vor allem die Steuern tauchen mit keinem Wort mehr auf. Und soziale Gerechtigkeit ist überhaupt nicht enthalten. Das Papier richtet sich denn auch an alle Parteien außer der AfD und lässt alle Optionen und Farbmischungen offen. Die Partei betont in dem Papier, sie wolle gern an die sieben Jahre Rot-Grün im Bund anknüpfen, doch sie trifft keine Koalitionsaussage. „Regieren können und werden wir, wenn die Richtung stimmt und unsere Kernvorhaben umgesetzt werden können“ heißt es. Einen möglichen Koalitionsvertrag will die Partei den Mitgliedern zur Urabstimmung vorlegen.

Weitere Informationen zu den Themen/Inhalten mit Fokus auf die Schwerpunktthemen der IG Metall, sind in der Synopse aufgeführt. Siehe Linkliste am Ende.

DIE LINKE

1. Ausgangslage



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Aktuell ist die Linkspartei mit 64 Mandaten die stärkste Oppositionskraft im Deutschen Bundestag. Sie erzielte bisher insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern sehr gute Ergebnisse. In Brandenburg und Berlin ist die Linke an der Regierung beteiligt (als Juniorpartnerin in einer rot-roten-Koalition und in einer rot-rot-grünen) in Thüringen stellt die Partei als stärkste Kraft mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten (ebenfalls rot-rot-grüne Koalition).

Bei der diesjährigen Wahl des Bundespräsidenten gelang es dem parteilosen Prof. Dr. Christoph Butterwege, als Kandidat der Linkspartei mit einem guten Ergebnis einen Achtungserfolg zu erlangen. In den westdeutschen Bundesländern erreichte die Linkspartei bei Landtagswahlen in den zurückliegenden Jahren in Hamburg, Bremen und Hessen Ergebnisse über der Fünf-Prozent-Hürde. Im Wahljahr 2017 erzielte die Partei im Saarland mit ihrem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine mit 12,9 Prozent ein zweistelliges Ergebnis – bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verpasste sie dagegen den Einzug in die Landtage.

Bei der Bundestagswahl 2013 trat Die Linke mit einem achtköpfigen Spitzenteam um ihren Faktionsvorsitzenden Gregor Gysi an und erreichte 8,6 Prozent (minus 3,3 Prozent im Vergleich zu 2009). Bei der Bundestagswahl will die Linkspartei mit dem Spitzenduo Bartsch/Wagenknecht ein zweistelliges Ergebnis erzielen. In den Umfragen liegt sie aktuell bei acht bis neun Prozent. Programmatisch positioniert sich die Linke klar gegen Neoliberalismus, Rechtspopulismus und autoritären Nationalismus.

Parteiintern ging es in den letzten Monaten nicht immer harmonisch zu. Den Machtkampf um die Spitzenkandidatur für den Bundestagswahlkampf haben die amtierenden Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch für sich entschieden. Sie hatten bereits im September reklamiert, dass sie gemeinsam in den Bundestagswahlkampf ziehen wollen – ohne dies mit der Parteiführung abgestimmt zu haben. Die beiden Fraktionschefs sagten zudem, dass sie ein Quartett mit den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger ablehnten. Im Dezember gab der Parteivorstand dann offiziell bekannt, dass er sich auf das Duo Wagenknecht/Bartsch geeinigt hat.

Innerhalb der Partei wurde der Vorgang als Alleingang der Fraktionsvorsitzenden und als Affront gegen die Parteivorsitzenden gewertet.

Laut Medienberichten gab es Anfang des Jahres ein Gespräch zwischen dem damaligen SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und Wagenknecht zu einem möglichen rot-rot-grünen Bündnis. Details aus diesem Gespräch wurden allerdings nicht öffentlich. Neben der Nominierung der Spitzenkandidaten beschloss der Vorstand ein Strategiepapier, demzufolge die Linke keine Koalitionsaussage treffen solle. „Wir führen keinen Regierungswahlkampf, wir führen aber auch keinen reinen Oppositionswahlkampf“.

2. Kandidatinnen und Kandidaten

	<p>Dr. Sahra Wagenknecht, MdB, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE</p> <p>geboren am 16.07.1969 in Jena M. A. Philosophie und Neue Deutsche Literatur, im Deutschen Bundestags seit 1998, Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag seit 2015</p> <p>Wahlkreis: Düsseldorf II</p> <p>Gewerkschaftsmitgliedschaft: ver.di</p>
	<p>Dr. Dietmar Bartsch, MdB, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE</p> <p>geboren am 31.02.1958 in Stralsund Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1998 bis 2002 und ist erneut seit 2005, Oppositionsführer im Deutschen Bundestag seit 2015</p> <p>Wahlkreis: Schwerin - Ludwigslust-Parchim I - Nordwestmecklenburg I</p> <p>Gewerkschaftsmitgliedschaft: nicht bekannt</p>

Der Parteivorstand hat die Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch zu Spitzenkandidatin und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2017 berufen. Sie sollen den Bundestagswahlkampf unterstützt von den beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger führen.

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch wurden am 13. Oktober 2015 zu Vorsitzenden ihrer Fraktion gewählt und lösten damit Gregor Gysi ab. Wagenknecht gehört zum linken Flügel der Partei und engagierte sich bis zum Zusammenschluss mit der WASG in der PDS. Sie war viele Jahre Teil der Kommunistischen Plattform – ließ ihre Mitgliedschaft jedoch nach ihrem Aufstieg an die Parteispitze ruhen.

Der 59-jährige Dietmar Bartsch vertritt den moderaten, reformorientierten Flügel der Partei. Der ebenfalls aus Ostdeutschland stammende Bartsch war von 1998 bis 2002 und ist seit 2005 erneut Mitglied des Deutschen Bundestages. Für Aufsehen sorgte Bartsch 2015, als bekannt wurde, dass er Dokumente anlegen ließ, in denen Personen aus dem Parteivorstand nach ihrer Ausrichtung kategorisiert wurden. Bartsch war in der Vergangenheit für eine rot-rot-grüne Koalition nach der Bundestagswahl. Für viele Sozialdemokraten ist er ein Hoffnungsträger. Sie sehen in Bartsch einen kompromissbereiten Pragmatiker.

Wagenknecht führt die Landesliste in Nordrhein-Westfalen an, Bartsch die in Mecklenburg Vorpommern. Die Parteivorsitzende Katja Kipping steht auf Platz 1 der Landesliste in Sachsen, Bernd Riexinger in Baden-Württemberg. Die langjährige Bundestagsabgeordnete Petra Pau wurde erneut zur Spitzenkandidatin in Berlin gewählt. Die der IG Metall angehörenden Linken-Abgeordneten Jutta Krellmann (Listenplatz 3 in Niedersachsen), Matthias W. Birkwald (Listenplatz 2 in NRW), Alexander Ulrich (Listenplatz 1 in Rheinland-Pfalz), Sabine Zimmermann (Listenplatz 5 in Sachsen), Ralph Lenkert (Listenplatz 2 in Thüringen) und Klaus Ernst (Listenplatz 1 in Bayern) kandidieren erneut für den Bundestag. Die Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter wird aus dem Bundestag ausscheiden.

3. Inhalte / Themen

Mit ihrem Anfang Juni auf einem Parteitag in Hannover beschlossenen Wahlprogramm „Sozial. Gerecht. Für alle“ will die Partei Die Linke das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfes rücken. Sie fordert eine „Gerechtigkeitswende“, einen Bruch mit der neoliberalen Politik.

Inhaltlich fordert die Linkspartei „Gute Arbeit und soziale Garantien des Lebens“. Die Partei will den Mindestlohn auf zwölf Euro erhöhen, sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit und den Missbrauch bei Werkverträgen abschaffen. Weiterhin macht sich die Linke für eine kürzere Vollzeit für alle (um die 30 h/Woche) stark. Das Arbeitslosengeld II will sie durch eine Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro ohne Sanktionen ersetzen, das Arbeitslosengeld I verlängern sowie die Bezugskriterien verändern. Im Entwurf enthalten sind zudem klare Forderungen für eine armutsfeste und lebensstandsichernde Rente.

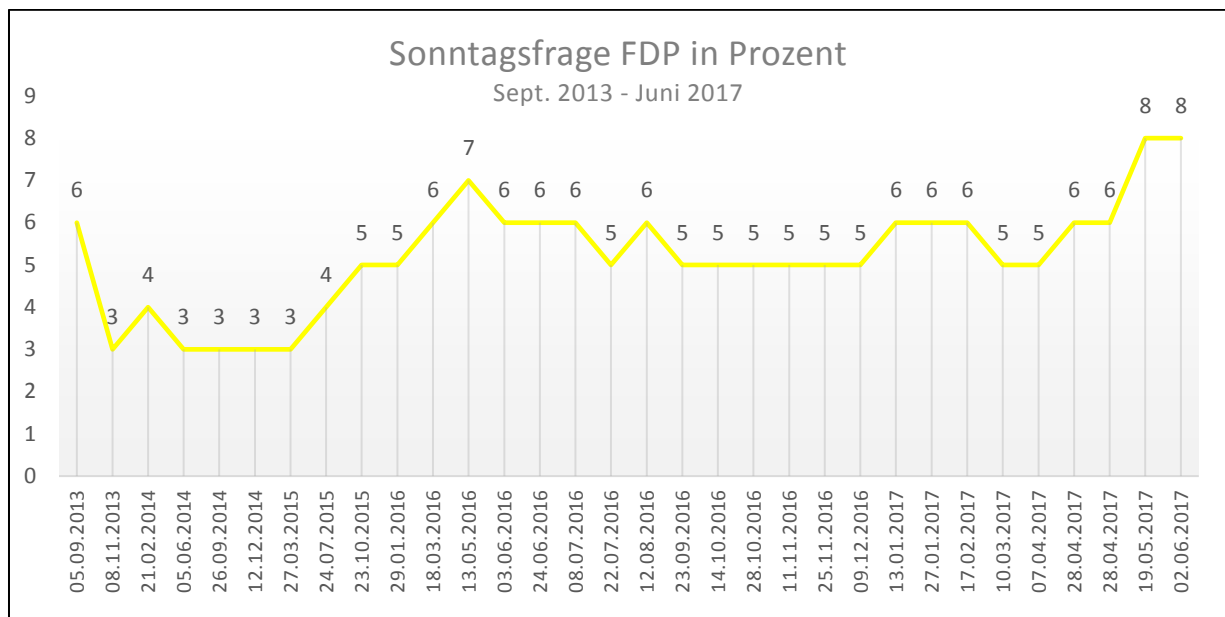
Hohe Einkommen (mehr als 7.100 Euro alleinstehend) will die Linke stärker besteuern. Die Abgeltungssteuer will sie abschaffen und eine Vermögenssteuer von fünf Prozent ab Vermögen in Höhe zwei Millionen Euro einführen. Weitere Schwerpunkte im Programm sind: Mieterhöhungen zu stoppen, Kinderarmut bekämpfen sowie die Schaffung einer Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung. Im Entwurf wird zudem ein traditionelles Thema der Linkspartei – die Abrüstung – aufgegriffen. Die Linke will Waffenexporte verbieten, Fluchtursachen bekämpfen, den Verteidigungsetat kürzen und Auslandseinsätze abschaffen. Die Linkspartei positioniert sich klar für einem Neustart der Europäischen Union und gegen die „unsoziale Kürzungspolitik in Europa“. Freihandelsabkommen will die Partei beenden und sich anstelle dessen für „fairen Handel und eine gerechte Entwicklungspolitik“ einsetzen. Die Linke will zudem eine nachhaltige Energiewende erstreiten.

Auf vier Regionalkonferenzen in Bergheim (NRW), Hamburg, Leipzig und Frankfurt am Main wurden der Entwurf des Wahlprogramms und die Strategie für den Bundestagswahlkampf diskutiert. Auf dem Bundesparteitag vom 9. bis 11. Juni 2017 in Hannover wurde das Wahlprogramm beschlossen.

Weitere Informationen zu den Themen/Inhalten mit Fokus auf die Schwerpunktthemen der IG Metall, sind in der Synopse aufgeführt. Siehe Linkliste am Ende.

FDP

1. Ausgangslage



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die Freie Demokratische Partei hat sich von dem Debakel bei der letzten Bundestagswahl erholt. Bei der Wahl im September 2013 erreichte sie nur noch 4,8 Prozent der Stimmen und war erstmals in ihrer Geschichte nicht mehr im Bundestag vertreten. Das war ein beispielloser Absturz, war sie doch vier Jahre zuvor noch mit dem besten Ergebnis aller Zeiten und 14,6 Prozent in die Regierung gewählt worden.


Vorausgegangen waren zahlreiche Landtagswahlen, bei denen die FDP den Einzug in die jeweiligen Länderparlamente verpasste. Ursache war die große Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit der Schwarz-Gelben Koalition im Bund, der nahezu ausschließlich der FDP angelastet wurde. Nach der Wahl 2013 wurde das Führungspersonal nahezu komplett ausgetauscht. Die Partei und ihr neuer Vorsitzender Christian Lindner wählten Nordrhein-Westfalen (NRW), eines der letzten Länder, in denen die FDP noch im Landtag vertreten war, als Basis für ihre Rückkehr auf die bundespolitische Bühne.

In 2017 scheinen die Vorzeichen nun geradezu umgekehrt zu sein. Im Jahr 2015 schon sendete die FDP erste Lebenszeichen, als mit jungen Spitzenkandidatinnen der Einzug in die Parlamente der Stadtstaaten Hamburg und Bremen erneut gelang. Im Frühjahr 2016 zog die FDP dann recht souverän in die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ein, wo sie seitdem gar in einer Ampel-Koalition zusammen mit SPD und Grünen regiert. In Sachsen-Anhalt scheiterte sie zeitgleich mit 4,9 Prozent nur knapp. Mit Ausnahme der vergleichsweise kleinen Länder Mecklenburg-Vorpommern und Saarland zog die FDP seither bei allen Wahlen in die jeweiligen Landesparlamente ein. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, den beiden letzten Wahlen vor der Bundestagswahl, erreichte sie mit ihren populären Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki und Christian Lindner Spitzenergebnisse, wurde jeweils deutlich zweistellig. Sie regiert seitdem in beiden Ländern gemeinsam mit der CDU, in Schleswig-Holstein ergänzt durch die Grünen

Schwarz-Gelb ist wieder da, nachdem man lange davon ausging, dass die Zeit der Zweierbündnisse jenseits der Großen Koalition vorbei sei. Nach den aktuellsten Umfragen zur Bundestagswahl scheint eine Mehrheit für CDU/CSU und FDP im Bereich des Möglichen.

Die FDP fährt bewusst einen Kurs der Eigenständigkeit und schließt bei der Bundestagswahl keine Option unter Einschluss von CDU, SPD oder Grünen aus. Sie regiert in Rheinland-Pfalz mit einer Ampel (Rot-Gelb-Grün), in Schleswig-Holstein mit Jamaika (Schwarz-Gelb-Grün) und in NRW in einem Zweierbündnis mit der CDU. All diese Konstellationen sind auch nach der Bundestagswahl für die FDP im Bereich des Möglichen. Am beliebtesten ist unter FDP-Anhängerinnen und -Anhängern sicherlich eine Zweier-Koalition mit der Union. Reicht dies rechnerisch nicht, ist die FDP aber gewiss bereit, mit SPD und CDU über ein Dreierbündnis zu verhandeln, sei es um die Große Koalition, sei es um Rot-Rot-Grün zu verhindern. Unter diesen Voraussetzungen wird es für die FDP darauf ankommen, in welcher Konstellation sie mehr Einfluss auf Regierungsprogramm und -personal geltend machen kann. Die Liberalen könnten sich aber bei einem guten Wahlergebnis durchaus auch mit dem Gang in die Opposition anfreunden, um ihr Profil („FDP pur“) weiter zu stärken. Gerade angesichts der Erfahrung mit der letzten Regierungsbeteiligung unter Kanzlerin Merkel, als die FDP anschließend in die tiefste Existenzkrise ihrer Geschichte stürzte, ist die Angst immer noch vorhanden, als Juniorpartner nicht mehr mit den eigenen Inhalten wahrnehmbar zu sein.

2. Kandidatinnen und Kandidaten

	<p>Christian Lindner, Parteivorsitzender FDP</p> <p>geboren am 07.01.1979 in Wuppertal M. A. Politikwissenschaften, Mitglied des Bundestages von 2009 bis 2013, Bundesvorsitzender der FDP seit 2013</p> <p>Wahlkreis: Rheinisch-Bergischer Kreis II</p> <p>Gewerkschaftsmitgliedschaft: nein</p>
--	--

Unangefochten an der Spitze steht seit der verlorenen Bundestagswahl im Jahr 2013 der charismatische Christian Lindner. Vor allem seiner Person ist es zu verdanken, dass die Liberalen sich von der Pleite 2013 erholt haben. Oft ist im Zusammenhang mit der FDP von einer One-Man-Show die Rede. Gerade deswegen wird der Erfolg von Lindner in der FDP von manchen aber auch mit Argwohn betrachtet. Das äußerte sich auf dem letzten Bundesparteitag, als er bei der Wahl zum Parteivorsitzenden mit 91 Prozent trotz der unbestrittenen Erfolge seit seiner Zeit als FDP-Chef um einen Prozentpunkt schlechter abschnitt als noch 2015. Lindner führte die FDP in NRW als Spitzenkandidat mit einer modernen, auf ihn zugeschnittenen Kampagne zurück in die Regierung. Ein Erfolg, der für ihn persönlich nur eine Zwischenetappe darstellen soll. Als Spitzenkandidat in NRW für die Bundestagswahl will Lindner nun lieber in den Bundestag einziehen als selber Regierungsverantwortung im Land zu übernehmen. Das Gleiche gilt für das zweite prominente Gesicht der FDP, Wolfgang Kubicki. Er führte die FDP in Schleswig-Holstein aller Voraussicht nach in die nächste Landesregierung und möchte als Spitzenkandidat seiner Partei für die Bundestagswahl ebenfalls direkt weiter in den Bundestag.

Die Personaldecke hinter diesen beiden prominenten Gesichtern scheint bislang dünn in der FDP. Die „alte Garde“ um Rösler, Brüderle, Niebel und Bahr hat sich aus der ersten Reihe der Politik zurückgezogen, der strahlende Wahlsieger von 2009, Guido Westerwelle erlag einem Krebsleiden. Ob Leutheusser-Schnarrenberger zu einem Comeback ansetzen kann ist offen. Auf Landesebene gibt es zwar Nachwuchshoffnungen, wie Katja Suding aus Hamburg, die meisten anderen Landespolitikerinnen und -politiker sind jedoch bundesweit so gut wie unbekannt. Arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Kopf der Partei ist der erst 35-jährige Johannes Vogel, Generalsekretär der nordrhein-westfälischen FDP, der in der vergangenen Wahlperiode bereits dem Bundestag angehörte, zwischenzeitlich bei der Bundesagentur für Arbeit „überwinterte“ und nun erneut für den

Bundestag kandidiert. Der Ex-Telekom-Personalchef Thomas Sattelberger kandidiert in München-Süd für die FDP, sein Landesverband hat ihn auf Platz 5 der Landesliste gesetzt.

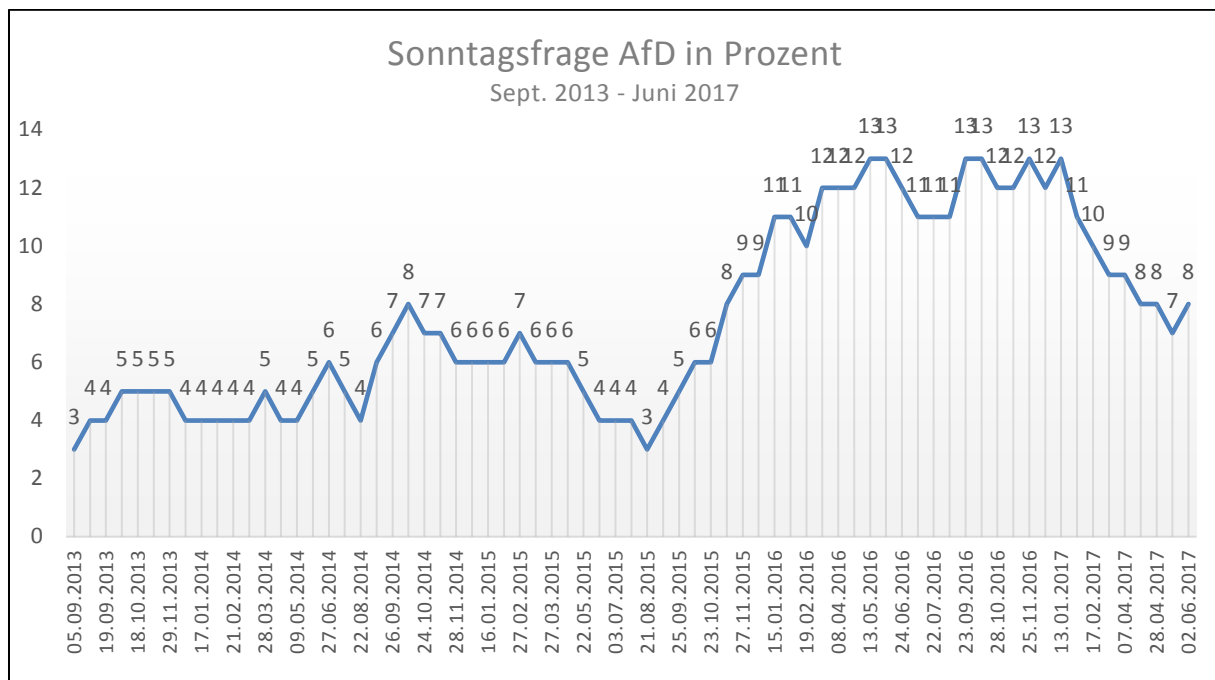
3. Inhalte/Themen

Die FDP möchte ihr Image als neoliberale Steuersenkungspartei für Besserverdienende hinter sich lassen und stellt in ihrem Wahlprogramm Bildung, Digitalisierung, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung in den Mittelpunkt. Die alten Steuersenkungsversprechen und auch neoliberale Deregulierungswünsche gibt es unverändert, diese sind jedoch weiter hinten ins Programm gerutscht. Die FDP möchte massiv in Bildung investieren und die Menschen über eine möglichst gute Bildung ermächtigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Herkunft solle, so die FDP, nicht mehr über den Bildungserfolg entscheiden. Mit anderen Worten: der alte FDP-Slogan „Leistung muss sich wieder lohnen“ wird wiederbelebt. Das bedeutet gleichzeitig: jeder muss für sich selber sorgen, das Solidarprinzip tritt in den Hintergrund. Somit steht die FDP auch im Jahr 2017 nicht nur für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung sondern eben auch für die Individualisierung von Lebensrisiken. Konkret zeigt sich das bei den Themen Alterssicherung und Gesundheitspolitik; hier setzt die FDP insbesondere auf eine Stärkung der privaten Vorsorge bzw. der privaten Krankenversicherung. Schutzvorschriften im Arbeitsrecht will sie im Sinne der Arbeitgeber schleifen – ob bei Leiharbeit oder Arbeitszeiten. Trotz junger Köpfe, neuer Verpackung und „hipper“ Kampagnen: Der programmatische Kern der FDP ist der alte.

Weitere Informationen zu den Themen/Inhalten mit Fokus auf die Schwerpunktthemen der IG Metall, sind in der Synopse aufgeführt. Siehe Linkliste am Ende.

AfD

1. Ausgangslage



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde 2013 in Reaktion auf den Euro-Rettungsschirm in Berlin gegründet. In der deutschen Parteienlandschaft wird sie rechts von der Union im Rechtspopulismus verortet. Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 und der Landtagswahl in Hessen trat die AfD erstmals an, verfehlte den jeweiligen Einzug jedoch knapp.

Seitdem ist die Partei im Aufwind. Sie gewann bereits bei der Europawahl 2014 überregionale Mandate. Nach 2014, insbesondere seit den hohen Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 hat sich die AfD von einer Anti-Euro- zu einer Anti-Islam- und Anti-Flüchtlingspartei gewandelt. Mit diesem neuen Schwerpunkt gelang der AfD bei allen folgenden Landtagswahlen der Einzug in die Landesparlamente (Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Berlin, Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen). In viele Landtage zog sie mit einem zweistelligen Ergebnis ein (in Sachsen-Anhalt sogar: 24,3 Prozent; Mecklenburg-Vorpommern: 20,3 Prozent) – an einer Regierung ist die Partei jedoch nicht beteiligt. Sie wird unverändert von allen anderen Parteien in den Parlamenten weitgehend ausgegrenzt und gilt als nicht koalitionsfähig. Bei den Landtagswahlen konnte die AfD viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisieren, aber auch Wählerinnen und Wähler anderer Parteien – insbesondere der CDU und SPD – für sich gewinnen.

Die Umfragewerte sahen die AfD im Jahr 2016 im Bund stets bei über 10 Prozent, aktuell liegen sie bei 8 Prozent und würden demnach am 24. September 2017 erstmals in den Deutschen Bundestag einziehen.

Der AfD gehören aktuell circa 25.000 Mitglieder an und sie hat trotz ihres jungen Alters bereits turbulente Zeiten erlebt. Im Juli 2015 unterlag der Parteigründer Bernd Lucke nach einem monatelangen innerparteilichen Machtkampf Frauke Petry, die zur neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde. Inhaltlich ging es um die grundsätzliche politische Ausrichtung der AfD. Dieser Wechsel in der Führung wurde in der Öffentlichkeit als Rechtsruck und Sieg des

nationalkonservativen über den wirtschaftsliberalen Parteiflügel gewertet. Wirtschaftsliberale wie Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel traten aus der AfD aus und gründeten eine neue Partei, die allerdings schnell in der Bedeutungslosigkeit verschwand, auch wenn sie derzeit noch über Mandate im EU-Parlament verfügt.


Diese Spaltung hat die AfD jedoch nicht befriedet, der Führungsstreit in der AfD hält nach wie vor an. Das zeigt sich unter anderem darin, dass Frauke Petry, Bundesvorsitzende der Alternative für Deutschland, auf dem Kölner Parteitag im April 2017 nicht zur Spitzenkandidatin gewählt wurde. Gegenspieler in diesem Führungsstreit sind die Spitzenkandidaten Alexander Gauland, Alice Weidel sowie der thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke und Partei-Vize Jörg Meuthen. Die politische Einstellung von Höcke wird durch Äußerungen, wie am 17. Januar 2017 in Dresden deutlich: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“ Nach dieser umstrittenen Rede, in der er über die Aufarbeitung des Nationalsozialismus gewettert und sich derart abfällig über das Holocaust-Mahnmal in Berlin geäußert hatte, setzte Petry ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn in Gang.

Auf dem Bundesparteitag in Köln im April 2017 hatte Frauke Petry einen Antrag eingebracht, der die AfD für bürgerliche Parteien koalitionsfähig machen und gegen Rechtsextremismus abgrenzen sollte. Die Partei lehnte eine Befassung mit diesem Antrag ab, was allgemein als weiterer Rechtsruck der Partei gewertet wird. Frauke Petry befindet sich derzeit zudem in einen Konflikt mit ihrem Kreisverband um ihre Kandidatur im Bundestagswahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Und auch ihr sächsischer Landesverband ist zerstritten. Auf Platz 2 der Landesliste wurde ein Kandidat gewählt, den Petry aus der Partei ausschließen will.

Einzelnen Mitgliedern und auch Führungspersonen werden immer wieder rechtsextreme beziehungsweise völkisch-nationalistische, darunter auch antisemitische Tendenzen und Argumentationsmuster nachgesagt. Zuletzt sorgte der Leak einer AfD-WhatsApp-Gruppe von AfD-Funktionären aus Sachsen-Anhalt – darunter der Landesvorsitzende Poggenburg - für Aufmerksamkeit, in der unwidersprochen rechtsextreme Parolen geäußert wurden.

Die AfD positioniert sich klar gegen die Flüchtlingspolitik der amtierenden Großen Koalition und fordert einen grundlegenden Politikwechsel.

2. Kandidatinnen und Kandidaten

	<p>Dr. Alice Weidel, Spitzenkandidatin der AfD</p> <p>geboren am 06.02.1979 in Gütersloh Volks- und Betriebswirtin, Mitglied der AfD seit 2013</p> <p>Wahlkreis: Bodensee</p> <p>Gewerkschaftsmitgliedschaft: nicht bekannt</p>
	<p>Alexander Gauland, Spitzenkandidat der AfD</p> <p>geboren am 20.02.1941 in Chemnitz Jurist, von 1973 bis 2013 Mitglied der CDU, Mitglied der AfD seit 2013, MdL Brandenburg seit 2014</p> <p>Wahlkreis: 63 (Frankfurt Oder)</p> <p>Gewerkschaftsmitgliedschaft: nicht bekannt</p>

Auf dem Parteitag am 23./24. April 2017 wurden Alice Weidel und Alexander Gauland mit 67,7 Prozent zu Spitzenkandidatin und Spitzenkandidat der AfD gewählt. Sie gehören zu den parteiinternen Gegenspielerinnen und Gegenspielern von Frauke Petry.

Der 1941 geborene stellvertretende Sprecher im Bundesvorstand Alexander Gauland ist freier Publizist und Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag Brandenburg. Von 1987 bis 1991 war er Staatssekretär unter dem hessischen Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU). Anschließend arbeitete er als Herausgeber und Geschäftsführer der Märkischen Allgemeinen Zeitung in Potsdam. Von 1973 bis 2005 war Gauland Mitglied der CDU. Gauland ist Gründungsmitglied der Wahlalternative 2013, die sich Euro-kritisch positionierte und in der AfD aufging. Bereits bei der Landtagswahl in Brandenburg war Gauland Spitzenkandidat. In der Öffentlichkeit galt er lange als Gegenspieler Luckes und zählt zu den Unterstützern von Björn Höcke. Gauland lehnt das Parteiausschlussverfahren gegen Höcke ab. Er schärfte bisher vor allem das außenpolitische Profil der AfD, indem er sich für eine Annäherung an Russland einsetzte. In seiner Rede auf dem Parteitag betonte Gauland: „Wir wollen unsere Heimat behalten, unsere Identität behalten und wir sind stolz darauf Deutsche zu sein.“

Die 1979 geborene Alice Weidel kommt aus dem baden-württembergischen Landesverband und war bis zu ihrer Wahl zur Spitzenkandidatin im Bund wenig bekannt. Sie wird dem wirtschaftsliberalen Flügel der AfD zugeordnet. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg gelang es ihr nicht, sich als Spitzenkandidatin durchzusetzen, nachdem sich Meuthen gegen sie ausgesprochen hatte. Weidel hat ein Doppelstudium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Sie arbeitete in mehreren europäischen Ländern, China sowie für eine Vermögensverwaltung und war Mitgründerin eines Start-Ups. Seit 2013 ist die Euro-Kritikerin mit Wohnsitz in Baden-Württemberg und der Schweiz Mitglied der AfD. Weidel leitet den Bundesfachausschuss Euro und Währung, ist Mitglied der Bundesprogrammkommission und Beisitzerin im Bundesvorstand. Auf dem Bundesparteitag warb sie für einen Politikwechsel und stimmte die AfD mit folgenden Worten auf den Wahlkampf ein: „Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.“

Die Spitzenkandidaten im Bund sind auch Spitzenkandidaten ihrer Landesverbände: Alexander Gauland hat Listenplatz 1 in Brandenburg und Alice Weidel in Baden-Württemberg. Frauke Petry hat derzeit noch Listenplatz 1 Sachsen.

3. Inhalte / Themen

Die AfD hat auf dem Bundesparteitag am 22. und 23. April 2017 das Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen. Es umfasst 15 Kapitel und beinhaltet u.a. folgende Schwerpunkte: „Verteidigung der Demokratie in Deutschland“, „Der Euro ist gescheitert: Währung, Geld- und Finanzpolitik“, „Außen- und Sicherheitspolitik: Deutsche Interessen durchsetzen“, „Asyl braucht Grenzen: Zuwanderung und Asyl“. Das Programm der AfD ist als rechts-populistisch einzuordnen.

Programmatisch setzt sich die AfD für rigorose Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik ein. Sie ist gegen den Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge und fordert eine Mindest-Abschiebequote. Mit der Aussage „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ positioniert sich die AfD klar gegen den Islam. Auf dem Parteitag nahm das Thema Familie großen Raum ein. Hier will die Partei den „Trend zur Selbstabschaffung“ der Deutschen stoppen und fordert Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenzahl.

Im beschlossenen Wahlprogramm fordert die Alternative für Deutschland zudem den Euro-Ausstieg, die Rücknahme der Energiewende sowie die Einführung bundesweiter Volksentscheide.

Weitere Informationen zu den Themen/Inhalten mit Fokus auf die Schwerpunktthemen der IG Metall, sind in der Synopse aufgeführt. Siehe Linkliste am Ende.

Linkliste:

Positionen der IG Metall zur Bundestagswahl

- [Faktenblätter der IG Metall zur Bundestagswahl](#)
- [Positionspapier der IG Metall zur Bundestagswahl](#)

Parteisynopsen

- [Vergleich der IG Metall Positionen zur Bundestagswahl mit dem Wahlprogramm der SPD](#)
- [Vergleich der IG Metall Positionen zur Bundestagswahl mit dem Wahlprogramm der CDU und CSU](#)
- [Vergleich der IG Metall Positionen zur Bundestagswahl mit dem Wahlprogramm der FDP](#)
- [Vergleich der IG Metall Positionen zur Bundestagswahl mit dem Entwurf des Wahlprogramms von DIE LINKE \(1. Entwurf vom 14. Januar 2017\)](#)
- [Vergleich der IG Metall Positionen zur Bundestagswahl mit dem Entwurf des Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen](#)
- [Vergleich der IG Metall Positionen zur Bundestagswahl mit dem Wahlprogramm der Alternative für Deutschland](#)

Berlin Aktuell zu Landtagswahlen

- [Saarland](#)
- [Schleswig-Holstein](#)
- [Nordrhein-Westfalen](#)